

## **Zukunft der Arbeit - Arbeit der Zukunft - Krise und Zukunft der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft**

### **1. Zur Krise der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft - sechs Thesen<sup>1</sup>**

#### **1.**

*Bei der Diskussion um die Krise der Arbeitsgesellschaft, angelehnt an Hannah Arendts berühmte Formulierung, geht es im Kern um Sinnfragen, die an den Grundfesten des Institutionengefüges der institutionell verfassten modernen Arbeitsgesellschaft rühren.*

Als Hannah Arendt vor nunmehr 47 Jahren die Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft stellte - lange vor den heute massiv spürbaren Auswirkungen der 3. Industriellen Revolution -, ging es nicht um die Themen der aktuellen Diskussionen um die seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich anwachsende Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten ihr und ihren Folgen - für die Menschen wie die sozialen Integrationsmechanismen und Sicherungssysteme der industriellen Erwerbsgesellschaften - zu begegnen. Vielmehr wollte sie in ihrer Kritik des Marx'schen Arbeitsbegriffs und der auf Aristoteles - mithin aber auch die seiner Begrifflichkeit zugrunde liegende Arbeitswirklichkeit der Antike - zurückgreifenden Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und politischem Handeln in philosophischer Absicht Sinnfragen aufwerfen. Die kulturelle Dimension des Arbeits- und Lebenszusammenhangs der Menschen in den modernen Industriegesellschaften stand im Zentrum dieser Debatte. In ideologiekritischer Absicht war unter der Formel des „Vita activa“ die Frage nach dem guten Leben aufgeworfen. Dies geschah bei Hannah Arendt meiner Überzeugung nach in dem klaren Bewusstsein davon, dass damit wirklich grundlegende Sinnfragen der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft, mit Erwerbsarbeit als einer wirklichen Basisinstitution (v. Ferber 1961), aufgeworfen würden: In Verbindung mit ihrer Frage, was denn geschehe,

---

<sup>1</sup> Die nachfolgenden Thesen fassen Ergebnisse konzeptioneller und empirischer, sekundäranalytischer Vorarbeiten für das sfs-Forum „Neue Arbeit – Neue Gesellschaft. Nach dem Umbruch“ zusammen, das ich gemeinsam in sehr enger Kooperation mit G. Peter und F. O. Wolf im Zuge der Vorbereitung und Durchführung des in den Jahren 2000 und 2001 betriebenen habe. Die Ergebnisse dieser Veranstaltungsreihe (Martens u. a. 2001) wurden später von mir im Blick auf weitere Veranstaltungen gebündelt (Martens 2003a) sowie im Zuge daran anschließender empirischer Arbeiten in einem Projekt über „primäre Arbeitspolitik und Interessenvertretung in der New Economy“ (Martens 2003) z. T. aktualisiert und weiter ausgearbeitet.

wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht<sup>2</sup>, formuliert sie im Blick auf die zu erwartenden gesellschaftlichen Folgen: „Was könnte verhängnisvoller sein?“

## 2.

*Die aktuelle Diskussion konzentriert sich demgegenüber unverändert auf die Frage, wie denn Beschäftigung im Sinne von Erwerbsarbeit wieder hergestellt werden könne. Sie ist mithin den Grundwerten der Arbeitsgesellschaft nach wie vor zutiefst verhaftet, die in den hoch entwickelten westlichen Ländern nur in einer kurzen Blütephase des so genannten Fordistischen Regulationsmodells weitestgehend verwirklicht werden konnten.*

Die heutige öffentliche Diskussion – die vor allem im politischen Diskurs der Kultur und den Werten der industriellen Erwerbsgesellschaften noch so tief verhaftet ist - kreist vornehmlich um die Frage, ob überhaupt, und wenn ja mittels welcher Instrumente, unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung wirtschaftlichen Handelns noch „Arbeit für alle“ erreicht werden kann.<sup>3</sup> Die seit weit über zwei Jahrzehnten hegemonialen orthodox-markt-liberalen strikt angebotsorientierten Konzepte, die dagegen gerichtete Kritik<sup>4</sup> in der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Kampagne „für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ des Bundestagswahlkampfes 1998 und schließlich deren Teilrevision in der Forderung nach einer „neuen angebotsorientierten Agenda für die Linke“ im Schröder-Blair-Papier“, die sich im Zuge der Bundestagswahl 2002 mit dem „Hartz-Konzept“ und unter dem Druck ökonomischer Krisenentwicklungen in der Agenda 2010 fortsetzte, sie alle zielen erklärtermaßen sämtlich auf das Ziel der Überwindung der

---

<sup>2</sup> Dabei geht H. Arendt davon aus, dass „die Gesamtentwicklung der Gesellschaft erst einmal, das heißt bis zu dem Augenblick, wo Automation wirklich die Arbeit abschafft, dahin (geht), alle ihre Mitglieder gleichmäßig zu ‚Arbeitern‘ zu machen - zu Menschen, deren Tätigkeit, gleich worin sie bestehen mag, vorerst dem dient, das für das Leben notwendige herbeizuschaffen.(...) Das Leben wird faktisch nicht von der Freiheit, sondern von der Notwendigkeit beherrscht; und es ist kein Zufall, dass der Begriff der Notwendigkeit in allen modernen Geschichtsphilosophien, in denen gerade das neuzeitliche Denken sich philosophisch orientierte und zu einem Selbstverständnis zu kommen suchte, so dominierend geworden ist.“ (Arendt 1994, 75) Vom Telos der vormals noch modernen Geschichtsphilosophien mag uns die Systemtheorie befreit haben, an des Reich der Notwendigkeit fesselt sie uns umso unerbittlicher und der von ihr beratenen Politik vermag sie keine Orientierungen zu geben, wenn es darum geht, aus ihm heraus einen nur politisch zu konstituierenden erweiterten Raum der Freiheit zu entwickeln.

<sup>3</sup> Insbesondere die Gewerkschaften – Institutionen der Arbeit, die zutiefst in der industriellen Arbeitsgesellschaft verwurzelt sind – diskutieren unter dieser Perspektive, wie die Debatten um das Bündnis für Arbeit deutlich gezeigt haben.

<sup>4</sup> Im „Berliner Memorandum“, vorgestellt von der sozialdemokratischen Berliner Arbeitssenatorin Christine Bergmann und der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer im Frühjahr 1997, wird z. B. von der Möglichkeit einer Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2003/5 ausgegangen. Sie soll erreicht werden durch (1) Arbeitszeitverkürzung und –flexibilisierung, Überstundenabbau und Teilzeitförderung („flankiert durch ein moderates Lohnwachstum“) (2) einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme, kompensiert durch eine höhere Mehrwert- und eine Ökosteuern, (3) ein Investitions- und Innovationsstrukturprogramm im Rahmen einer europäischen Beschäftigungsoffensive sowie schließlich (4) eine Stärkung des Humankapitals und der öffentlich geförderten Qualifizierung und Beschäftigung.

Massenarbeitslosigkeit ab und behaupten gleichermaßen den richtigen oder gar einzig möglichen Weg dorthin aufzuweisen. Dabei ist zwar unstrittig, dass unterschiedliche nationale Wirtschaftspolitiken in der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit unterschiedlich erfolgreich sind; aber es ist ebenso unübersehbar, dass die Regierungen aller hoch industrialisierten westlichen Länder insgesamt im letzten Viertel dieses Jahrhunderts kontinuierlich mit wachsenden Beschäftigungsproblemen zu kämpfen haben.

Die Frage Hannah Arends, ob nicht im Zeichen einer dritten industriellen Revolution eine grundlegendere Revisionen des alten Modells von „Arbeit, Fortschritt und Glück“ (Martens, Peter, Wolf 1984), wie es in der Phase des „Fordismus“ über die großen Systemgrenzen hinweg für die industrialisierten Gesellschaften prägend war, bewältigt werden muss, steht gleichwohl nicht im Zentrum der Debatten. Sie wird noch am ehesten im Rahmen „libertär-bürgerlicher“ Reformkonzepte, und damit der dritten Gruppe strategischer Lösungsansätze in einer von C. Offe (1998) vorgenommenen Unterscheidung von Lösungskonzepten angesprochen. E. Senghaas-Knobloch (1998) unterscheidet an dieser Stelle grundsätzlicher und auf Hannah Arendt zurückgreifend „neubewertungsorientierte“ von den „erwerbsarbeitsorientierten“ Ansätzen. Es gibt ferner einige Diskussionsstränge in der wissenschaftlichen Debatte, die Hannah Arends Frage nach dem Ende der Arbeitsgesellschaft ernsthafter aufgreifen<sup>5</sup>. Weitgehender Konsens besteht jedenfalls über das Ende des „Normalarbeitsverhältnisses“ und der (männlichen) „Normalerwerbsbiographien“.<sup>6</sup> Der Diskurs über die zweite Moderne hat unter dem Stichwort der Individualisierung die Gegenwartsdiagnosen, die im Umlauf sind, geprägt; und die Ansprüche von Frauen nach gleichberechtigten Zugangsmöglichkeiten zur Erwerbsarbeit scheinen unabweisbar geworden, zugleich aber in größerem Umfang nur über eine Ausweitung bezahlter Dienstleistungsarbeiten (Siebel 1998) realisierbar zu sein. Ob Perspektiven auf „Arbeit für alle- aber unter neuen Bedingungen“ (Barloschky/Spitzley 1998) über den Weg einer radikalen Umverteilung von Arbeit auch den Arbeitsbegriff und die gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit so nachhaltig verändern müssen, wie die

---

<sup>5</sup> Vgl. u. a. den von I. Paul-Horn (1987) herausgegebenen Sammelband und darin insbesondere die Beiträge von Kitzmüller und von Schwarz, verschiedene Beiträge zum Schwerpunktthema „Arbeit, Zeit und Leben“ der Zeitschrift Zukünfte (23/1999), aus der marxistischen Tradition heraus die Beiträge von A. Gorz (1989 und 1994) oder auch die Veröffentlichung von M. Kempe (1995).

<sup>6</sup> Die Debatte ist in diesem Punkt, durchaus nicht überraschend, kontrovers. Bosch u. a. (2001, 25 ff.) entwickeln z. B. Szenarien, nach denen auch das Normalarbeitsverhältnis noch eine gute Zukunft haben könnte, allerdings auch bei dessen Eintreten „erkennbar nicht mehr das Alte (wird) sein können“ (Bosch u. a. 2001, 36). Zugleich machen zwei andere Autoren aus dem IAT anhand einer kleineren, nicht repräsentativen Studie darauf aufmerksam, dass die Folie des Normalarbeitsverhältnisses, auf deren Hintergrund die aktuelle Arbeitsforschung die gegenwärtigen tiefgreifenden Umbrüche zu interpretieren sucht, selbst ein fragwürdiges Konstrukt sein könnte. Folgt man ihren Ergebnissen, dann ist „Job fürs Leben“, von dem die modernen „Patchworkbiographien“ so gerne abgesetzt werden, eher ein Mythos als ein Kennzeichen realer früherer Erwerbsverläufe (Erlinghagen, Siemes 2003).

Gegenüberstellung von Arbeits- und Tätigkeitsgesellschaft im Anschluss an Hannah Arendt nahe legt, ist in den Debatten offensichtlich strittig.

### 3.

*Es ist verfehlt, davon auszugehen, dass die in der Vergangenheit nur kurzen Phasen anhaltender Prosperität und Vollbeschäftigung mit veränderten, den heutigen Bedingungen angepassten Instrumenten zurückgewonnen und gar auf Dauer gestellt werden könnten. Worum hingegen gesellschaftlich zu ringen wäre, wäre eine neue Leitidee, die an die Stelle der alten Vorstellungen eines Zusammenhangs von „Arbeit, Fortschritt und Glück“ treten könnte – oder auch mehrerer Leitideen, die koexistierend sowohl für die hoch entwickelten westlichen Länder als auch für die der zweiten, dritten und vierten Welt orientierend sein könnten.*

Die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, vor deren Hintergrund die aktuelle Diskussion um die Zukunft der Arbeit einzuordnen ist, ist geprägt von mehreren allgemeinen Entwicklungslinien, die auf ein Ende des von der französischen Regulationsschule (vgl. Hübner/Mahnkopf 1988) so genannten fordistischen Regulationsmodells hinauslaufen.

- Zu konstatieren ist zunächst eine nun schon über mehr als zwei Jahrzehnte andauernde Hegemonie angebotsorientierter, monetaristischer wirtschaftspolitischer Konzepte, die die praktische Politik wie auch die wissenschaftliche Diskussion geprägt hat (kritisch dazu Zinn 1996 und 2003). Deregulierung und Internationalisierung der Finanzströme nach dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods, „Thatcherism“ und „Reagonomics“ als weltweit folgenreiche Konzepte monetaristischer Wirtschaftspolitik und die nachhaltigen Veränderungen infolge der rasanten Verbreitung modernster Informationstechnologien sind die Stichworte.
- Verbunden sind mit dem Ende des Fordismus tief greifende Veränderungen der industriellen Erwerbsarbeit. Das „Ende der Arbeitsteilung“ (Kern/Schumann 1984), die aufgeregte Japandiskussion zu Beginn der 90er-Jahre (Womack u. a. 1991) und die zunehmende Implementation managerieller Beteiligungskonzepte im Zeichen von TQM, KVP usw. (Howaldt/Minssen 1993) liefern hierzu die Stichworte.
- Der ökologische Diskurs hat im gleichen Zeitraum sichtbar gemacht, dass das erwerbsarbeitszentrierte Entwicklungsmodell des Industrialismus, bereits in den hoch entwickelten westlichen Ländern – und erst recht in denen der zweiten Welt – zunehmend schwerer beherrschbare ökologische Folgeprobleme produziert, geschweige denn als ein im Weltmaßstab verallgemeinerbares Modell gelten kann. Die Chancen einer einseitigen Strategie fortgesetzten Wachstums durch eine massiv Ressourcen einsparende „Effizienzrevolution“ (Weizsäcker u. a.

1997) werden von Vertretern einer ökologischen Ökonomie (Binswanger 1991; Bartmann 1996) kritisch bewertet und ergänzend wird die Bereitschaft zu Selbstbeschränkung (Suffizienz) gefordert. Langfristige Lösungen einer „Marktwirtschaft mit sozialen und ökologischen Leitplanken“ (Gruppe von Lissabon 1997, Hengsbach 1995) verbinden sich auch hier mit einer „Lösungsidee in Richtung ‚Aufbau einer Tätigkeitsgesellschaft‘ im Sinne einer freiwilligen Mischung von Erwerbs- und Eigenarbeit“ (Bartmann 1999).

- Zu beobachten sind ferner – verstärkt seit den Umbrüchen von 1989 sowie im Zeichen der europäischen Integration (vgl. Vester 1997) - engere Grenzen nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik unter den Vorzeichen der mit dem schillernden Begriff der Globalisierung bezeichneten systemischen Veränderungsprozesse in Wirtschaft, Politik und auch Technik (Streeck 1996).
- Verbunden ist mit allen diesen Entwicklungen eine von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus ansteigende Arbeitslosigkeit („jobless growth“) in den westlichen hoch industrialisierten Ländern. In dieser Hinsicht erleben wir, ganz unabhängig von der Frage, wie eine neue keynesianisch inspirierte Wirtschaftspolitik in den Ländern der Triade wieder mehrheitsfähig gemacht werden könnte die Bestätigung der Prognosen von J. M. Keynes, der für die Generation seiner Enkel „also für nicht sehr ferne Tage den größten Veränderungen entgegen (sah), die sich je für die Menschheit als Ganzes ereignet haben“. Ähnlich wie Hannah Arendt, die gefragt hat, welche Entwicklung für die moderne Arbeitsgesellschaft verhängnisvoller sein könnte, fährt auch Keynes fort: „doch es gibt kein Land, das dem Zeitalter der Muße ohne Furcht entgegenblicken könnte.“
- Die seit mehr als zwei Jahrzehnten zu beobachtende Entwicklung hat also zweifellos auch zu tun mit einem allgemeinen Trend zu arbeitssparenden Rationalisierungen im Bereich der industriellen Produktion und zur Tertiarisierung der Wirtschaft. Hochkontroverse Debatten um die beschäftigungspolitischen Chancen einer massiven politischen Förderung von Dienstleistungsarbeit vor allem im Niedriglohnbereich ( negative Einkommenssteuer, Kombilohn-Modelle) kennzeichnen die Diskussionen seit dem Ende der 1990er-Jahre.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Vgl. generell zu den Perspektiven der Dienstleistungsgesellschaft Häußermann/Siebel 1995, im Anschluss an die Bundestagswahl 1998 zur Debatte im Kontext des Bündnisses für Arbeit die Subventionierung des Niedriglohnsektors im Dienstleistungsbereich fordernd Streeck/Heinze 1999 sowie kritisch dagegen Semmler/Groh 1999. Das gemeinsame Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, des Forschungsinstituts für Telekommunikation, des IFO Instituts für Wirtschaftsforschung, der TU München, Lehrstuhl für allgemeine und industrielle BWL und des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (vgl. Baethge 1999) rechnet seinerzeit in einer „dynamischen Potenzialabschätzung“ bei einer Verbindung einer „High-Road- mit einer Low-Road-Satratategie im Dienstleistungssektor“, die mit einer Veränderung kultureller Verhaltensmuster verknüpft sein müsste, mit mindestens einer halben Million neuer Arbeitsplätze (nur direkte Effekte) in zehn Jahren. Da im gleichen Zeitraum mit einem weiteren Abbau industrieller Arbeitsplätze zu rechnen ist, ist auch dies nicht die Jobmaschine, mit der sich die beschäftigungspolitischen

- Dabei ist im Maße, wie es infolge wachsender Arbeitslosigkeit schließlich auch zu einer Krise der sozialen Sicherungssysteme gekommen ist, die ja auf der Erwerbsarbeit beruhen, die Debatte um die Krise und den Umbau des Sozialstaats voll entbrannt<sup>8</sup>. Dies gilt seit dem Ende des über fast ein Jahrzehnt hinweg ungebrochenen Booms in der so genannten New Economy in verstärktem Maße. Zugleich ist der ökologische Diskurs in der „Risikogesellschaft“ wieder stärker in den Hintergrund gedrängt worden. Das Problem der Massenarbeitslosigkeit und die Frage nach seiner Überwindbarkeit wurde immer mehr zu dem die aktuellen politischen Debatten beherrschenden Thema.
- Diese tagespolitischen Debatten, die vielfältig durch Logiken des politischen Systems unter den Bedingungen der heutigen massenmedial vermittelten gesellschaftlichen Kommunikation geprägt sind, laufen aber Gefahr, zunehmend hinter einem vielleicht diffusen, gleichwohl allgemein/öffentlich zunehmend verbreiteten Problembewusstsein zurückzubleiben.

#### 4.

*Wenn man sich in den heutigen wissenschaftlichen und politischen Debatten angesichts einer langsam aber stetig voranschreitenden Krise der Arbeitsgesellschaft orientieren will, ist es sehr hilfreich systematisch zwischen Lösungsvorschlägen zu unterscheiden, die auf der einen Seite im Kern an den Werten der alten Arbeitsgesellschaft festhalten und auf der anderen Seite um eine Neubewertung von Arbeiten und Leben bemüht sind.*

E. Senghaas-Knobloch (1998 und 2000) hat einen in diesem Sinne sehr verdienstvollen Beitrag zur Sortierung der vielfältigen Lösungsvorschläge aus den Debatten um die Zukunft der Arbeit geleistet. Dabei unterscheidet sie „erwerbsarbeitszentrierte“ von „neubewertungsorientierten“ Konzepten. Zu den Ersteren rechnet sie (1) neoliberale Deregulierungskonzepte, die auf Wachstum und Innovation zielen sollen, (2) unterschiedlichste Konzepte der Arbeitszeitverkürzung, die auf eine Umverteilung der Erwerbsarbeit zielen, aber auch (3) Konzepte, die wie z. B. die negative Einkommenssteuer Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich neu schaffen sollen und (4) preiskorrigierende Konzepte, die Energie verteuern und dadurch Spielräume für eine beschäftigungsförderliche Verbilligung von Arbeitskosten eröffnen sollen. Zu letzteren zählt sie verschiedene Vorschläge, die darauf gerichtet sind, Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und arbeitsfreien Zeiten zu erleichtern - was veränderten Erwerbsbiographien in unseren Zeiten der Individualisierung entsprechen kann - oder überhaupt eine Existenzsicherung ohne Erwerbsarbeit zu gewährleisten (Bürgergeld). Während alle diese Konzepte die

---

Probleme lösen lassen. Angesichts der jüngsten Diskussionen im Anschluss an das „Hartz-Papier“ und im Kontext der Maßnahmenkataloge der Agenda 2010 erscheinen die vier Jahre zurückliegenden Debatten aktuell wie eh und je - leider aber auch von Hilflosigkeit geprägt.

<sup>8</sup> Vgl. u. a. Koch 1995, Giddens 1997, Offe 1998, Schwengel 1999

Spannbreite kontrovers diskutierter Möglichkeiten einer Bekämpfung von Arbeitslosigkeit umgreifen, sind es allein die Vorschläge aus der zweiten Gruppe, die zugleich auch auf eine gesellschaftliche Neubewertung von Erwerbsarbeit abzielen. Von ihnen her ergeben sich also auch Bezüge zu dem älteren Diskurs um das Ende der Arbeitsgesellschaft.

## 5.

*Betrachtet man die Analysen und Empfehlungen der verschiedenen Zukunftskommissionen, die 1988 Ergebnisse vorgelegt haben, an denen entlang sich politische Debatten der folgenden Jahre orientiert haben, vor dem Hintergrund dieses Unterscheidungsvorschlages, so fällt auf, dass es eher die Vordenker liberal-konservativer Politik sind, die eine wirklich tiefgreifende Krise der Arbeitsgesellschaft konstatieren, in ihren Lösungsvorschlägen aber gleichwohl an wichtigen Paradigmen der Arbeitsgesellschaft festhalten. Demgegenüber weichen die Analysen aus dem Umfeld sozialdemokratischer Politik der Frage nach einer Krise der Arbeitsgesellschaft eher noch aus.*

Die weitere politische und wissenschaftliche Diskussion zur Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde in der Bundesrepublik vor allem durch die Bezugnahme auf unterschiedliche nationalstaatliche Politikmodelle ( vom „Job-Wunder“ in den USA bis zum niederländischen Poldermodell) geprägt, die sämtlich im Hintergrund der Debatten um Dienstleistungsarbeit ihre Rolle spielen. Zum anderen haben in diesen Debatten die 1998 veröffentlichten Empfehlungen der beiden „Zukunftskommissionen“ eine wesentliche Rolle gespielt. Mit dem, im Blick auf die inneren Logiken des ökonomischen Systems folgerichtigen, Konjunkturunbruch der jüngsten Vergangenheit hat sich darin die hegemoniale Position neoliberaler, strikt angebotsorientierter Ansätze noch einmal verstärkt.<sup>9</sup> Demgegenüber schienen 1998 politisch noch zwei alternative Vorstellungen zur Debatte zu stehen:

- Hier (Zukunftskommission der Freistaaten Sachsen und Bayern (1997)) der radikale Bruch mit den Institutionen der sozialen Marktwirtschaft - unter Inkaufnahme tiefgreifender sozialer Verwerfungen und negativer Folgen für große Gruppen sozialer Verlierer in diesem Prozess, v. a. unter den niedrig qualifizierten (männlichen) Erwerbstätigen, die aber als vorübergehend angesehen und mit Elementen libertär-bürgerrechtlicher Konzepte (Bürgerarbeit, allerdings ohne

---

<sup>9</sup> Dass die aktuellen Problemkonstellationen Ausdruck langfristiger Entwicklungstrends sind, in die die Politik nach 1998, als in der Europäischen Union kurzzeitig immerhin 14 von 15 Regierungen sozialdemokratisch dominiert waren, nicht wirklich strukturverändernd eingzugreifen versucht hat, macht es denn auch möglich über die letzten Jahre hinweg die im Prinzip gleichen Foliensätze zu benutzen, wenn man in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen von einer Arbeitsloseninitiative, über Veranstaltungen im Rahmen des DGB, dem Zukunftskongress von Bündnis 90/die Grünen NRW oder die strategische Kommission der KAB bis hin zu einer Bezirkskonferenz der SPD - das Thema Zukunft der Arbeit als Sozialwissenschaftler behandelt.

Bürgergeld) von U. Beck „verpflastert“ werden<sup>10</sup> - im unerschütterlichen Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes und die Forderung nach immer mehr Flexibilität der Individuen in der heraufziehenden „unternehmerischen Wissensgesellschaft“.

- Dort (Zukunftskommission der Friedrich Ebert Stiftung (1998)) die Empfehlung für eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung, die eine Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (Innovation), sozialem Zusammenhalt (Reform tragender Institutionen sozialer Integration) und ökologischer Nachhaltigkeit herstellen soll.

Auf der einen Seite also vor dem Hintergrund einer als dramatisch verschärft eingeschätzten Konkurrenz um Wettbewerbsvorteile und Standorte der Vorschlag einer geradezu „revolutionären“ neoliberalen Radikalkur - wie Offe/Fuchs (1998) zu Recht kritisieren - die sich an einzelnen Leitbegriffen („unternehmerische Wissensgesellschaft“) orientiert und zentral auf ein Instrument, nämlich den Markt und dessen erwartete Selbstheilungskräfte, setzt und kurzfristig große Opfer im Versprechen auf mittelfristige beschäftigungspolitische Erfolge von Teilen der Bevölkerung einfordert - und zwar gerade von denen, die schon jetzt besonders betroffen und gefährdet sind - und die Möglichkeiten (national)staatlicher Ordnungspolitik als in hohem Maße eingeschränkt betrachtet.<sup>11</sup> Auf der anderen Seite, ausgehend von einer ausdrücklicher auch die ökologische Dimension einbeziehenden und dennoch weniger dramatisierenden Analyse, das Bemühen um pragmatische Reformschritte, die radikale Brüche in Bezug auf die systemischen Modernisierungsprozesse so nicht akzentuiert und hinsichtlich ihrer Politikempfehlungen zu vermeiden sucht, komplexer ansetzt und gleichgewichtig mehrere Ziele verfolgen will. Im Lichte der 1989 rasch einsetzenden Debatten aus Anlass des Schröder-Blair-Papiers könnte man dann aber den Eindruck gewinnen, dass sich augenscheinlich gerade dieser Versuch, pragmatische Reformschritte im Spannungsfeld von ökonomischer Innovation, Reform der Institutionen sozialer Integration und Sicherung und ökologischer Nachhaltigkeit zu konzipieren unter dem Druck starker ökonomischer Interessen einerseits sowie angesichts einer primär auf Schaffung von Arbeit – letztlich doch im Rahmen alter arbeitgesellschaftlicher Leitbilder – orientierten Politik nicht durchhalten und operationalisieren lässt. Die jüngsten Entwicklungen nach der Bundestagswahl 2002 zeigen schließlich, dass mittlerweile ein neoliberales Einheitsdenken im öffentlich-politischen Diskurs

---

<sup>10</sup> Zur Kritik dieses Konzepts von Bürgerarbeit als Mittel sozialer Integration für diejenigen, die langfristig aus dem ersten Arbeitsmarkt herausfallen vgl. Jakob 1999, Klammer/Bäcker 1998.

<sup>11</sup> Nicht unberechtigt hat M. Miegel (1999) als Vorsitzender dieser Kommission für die späteren Vorschläge von Streeck und Heinze in einem Leserbrief im Spiegel so etwas wie „Urheberrechte“ geltend gemacht, indem er seinen Kommissionsbereich als „Original“ charakterisiert, bei dem nun – aus seiner Sicht durchaus erfreulicher Weise - Anleihen gemacht worden seien. Zugleich unterstreicht er, dass im Bericht der Kommission der Freistaaten Sachsen und Bayern, anders als in den Vorschlägen von Heinze und Streeck, die Schattenseiten dieses Lösungsweges nicht unterschlagen worden seien.



Überlegungen in Richtung auf einen neuen „qualitativen Keyneanismus“ in Europa (vgl. Zinn 2003) kaum mehr Raum lässt.

## 6.

*Wenn man in unseren Zeiten einer weiter voranschreitenden technologischen Arbeitslosigkeit, die nach der hier vertretenen Auffassung allerdings durch die verfehlten Konzepte einer strikt angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zusätzlich verschärft wird, herauskommen will, kann man sich einer wissenschaftlichen wie arbeitspolitischen Diskussion um eine Neudefinition von Arbeit nicht entziehen.*

Der politische Streit wird also heute unverändert darüber geführt, mittels welcher Rezepte man (Erwerbs)arbeit für alle schaffen könne und der treibt mittels bemerkenswert schlichter Anleihen an die Wiederaufbaumentalität nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sogar Blüten derart, dass von maßgeblichen Politikern einer neuerlichen Verlängerung der Arbeitszeit das Wort geredet wird.<sup>12</sup> Wirtschaftspolitische Überlegungen in einer Keynesianischen Tradition und/oder Vorschläge, die den immens gewachsenen Reichtum unserer Gesellschaft infolge weiter voranschreitender technologischer Rationalisierungen zum Ausgangspunkt einer Umverteilung und allgemeinen Verkürzung von Arbeit nehmen, haben im öffentlichen Diskurs derzeit keine Chance. Vor allem aber steht am Anfang von Lösungsbemühungen immer noch nicht der Versuch einer Neudefinition von Arbeit. Folgerichtig ist die Politik von einem Mix der oben unterschiedenen arbeits- und neubewertungsorientierten Konzepte noch weit entfernt. Aber nur ein solcher Mix bietet Zukunftsoptionen auch für die, die aus dem ersten Arbeitsmarkt herausfallen. Er könnte außerdem die starre Orientierung an der Erwerbsarbeit als der Sinnstiftung eines anerkannten, gar glücklichen Lebens auflockern und zugleich Finanzierungsprobleme für die sozialen Sicherungssysteme besser lösbar machen. Denkbar ist z. B. die Rente nicht mehr allein an die Zeit der Erwerbstätigkeit gekoppelt wird, wie das in einigen westeuropäischen Ländern ja schon der Fall ist. Die Finanzierung der Alterssicherung könnte auf einer breiteren, auch steuerfinanzierten Grundlage ruhen. Teilzeitarbeit oder „Auszeiten“ im Rahmen der Familienplanung oder im Blick auf Weiterbildung würden denkbar, ohne dass die soziale Absicherung im Alter sofort äußerst prekär erscheinen muss. Auch die Finanzierung des Gesundheitssystems könnte aus ihrer direkten Verkopplung mit Erwerbsarbeit zumindest partiell herausgelöst werden und eine sozial gerechte Finanzierung sogar zugleich zur Stärkung der immer wieder beschworenen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes beitragen.

Worauf es ankäme wäre, Erwerbsarbeit, die uns in absehbarer Zukunft als Sphäre der Mühe und Notwendigkeit erhalten bleiben wird, nicht nur zu deregulieren nach

---

<sup>12</sup> Wobei im Falle der Bundesrepublik Deutschland freilich neuerdings das absehbare und sicher prognostizierbare Problem der Überalterung unserer Gesellschaft den Blickwinkel noch einmal spezifisch 'einstellt'.

dem Motto „Hauptsache Arbeit“ und dabei auf das neoliberale Versprechen zu hoffen, dass der sich selbst überlassene Markt es schließlich schon richten werde. Dies hat er noch nie getan. Immer bedurfte es sozialer Rahmensetzungen und Ordnungen. Diese gilt es also neu zu gestalten. Dabei sind vielfältig widersprüchliche Anforderungen ab- und auszugleichen. Zugleich käme es darauf an, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern und auszubauen, aber auch nachhaltiges Wirtschaften weiter zu stärken. Dem veränderten Stellenwert von Arbeit müsste Rechnung getragen werden, aber auch den veränderten Ansprüchen der Menschen an sie. Die sozialen Sicherungssysteme wären so zu gestalten, dass sie allen Chancen und Anreize zur Teilhabe am Erwerbsleben geben, aber sie müssen den Einzelnen auch die Chancen zur flexiblen Anpassung an das sich weiter verändernde Erwerbssystem eröffnen. Dabei müssen sie für den Staat bezahlbar bleiben, ohne dass immer mehr Menschen durch immer grobmaschigere soziale Netze fallen.

Nun ist es für die Soziologie als Tatsachenwissenschaft und institutionalisierte Form der dauerhaften Reflexion der Gesellschaft auf sich selbst (Plessner 1966) zweifellos wichtig, sich mit den in den voranstehenden Thesen diskutierten Fragen – eines angemessenen Verständnisses tiefgreifender gesellschaftlicher Krisenprozesse und der sich von daher eröffnenden unterschiedlichen Entwicklungsmöglichkeiten – systematisch auseinanderzusetzen. Und nicht nur Grundlagenforschung ist dabei angesprochen. Und auch derjenige, der sich in einem Teilbereich des Wissenschaftssystems - z. T. ausdrücklich an der Schnittstelle zu außerwissenschaftlichen Praxisfeldern und mit deutlicher Anwendungsorientierung – um arbeitsbezogene Forschung und Beratung bemüht, so wie dies die im Minister Stein in Dortmund Eving vernetzten Institute und Einrichtungen tun, wird gut beraten sein, seine ureigensten Fragen nach der Arbeit der Zukunft auch in den Zusammenhang der Diskussion um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu stellen.

Auf den heftigen Streit um ökonomische Lehrmeinungen und Lösungskonzepte der Beschäftigungskrise, der in den aktuellen wissenschaftlichen und politischen Debatten im Vordergrund steht, sollte die von uns geplante Veranstaltungsreihe nicht fokussiert werden, auch wenn im Einzelfall Beiträge auch zu diesen Fragen vorgesehen waren. Ebenso wollten wir die tiefer reichenden Debatten um die Krise der Arbeitsgesellschaft, auf die in den voranstehenden Thesen eingegangen wurde, in dem von uns angebotenen Rahmen ausdrücklich nicht weiterführen, auch wenn wir als Sozialwissenschaftler gut beraten sind, sie nicht einfach auszublenden. Denn auch für uns als Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an einem arbeitswissenschaftlichen Zentrum und in einem Institut, das arbeitsbezogene Forschung, Forschungstransfer und Beratung zur Aufgabe hat, also vornehmlich angewandte und gestaltungsorientierte Arbeitsforschung betreibt, sind die skizzierten Debatten um die „Zukunft der Arbeit“ sicherlich von herausragendem Interesse:

- Im Blick auf die wissenschaftliche Relevanz unserer eigenen Arbeit, weil sie ja doch den zukünftigen Stellenwert von Erwerbsarbeit in der absehbaren, aufgrund

des tiefgreifenden Charakters der gesellschaftlichen Umbrüche zugleich aber doch immer schwerer abzuschätzenden Zukunft thematisiert (in einer heraufziehenden „Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft“ wie die einen meinen, vielleicht aber auch einer besser anders, etwa als Tätigkeitsgesellschaft jenseits der Arbeitsgesellschaft oder auch gar nicht so eindeutig, sondern nur einfach als postindustriell zu etikettierenden Wirklichkeit<sup>13</sup> wie andere AutorInnen vorschlagen),

- im Blick auf die jeweilige eigene Positionierung im politischen Diskurs um den zukünftigen Stellenwert von Erwerbsarbeit, die Entwicklung von Industrie- und Dienstleistungsarbeit und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wenn wir uns dem Thema aber aus der Perspektive unserer eigenen Arbeit als Forscher und Berater zuwenden, dann ging es also nicht so sehr um die Zukunft der Arbeit in diesem grundlegenden Sinne - denn dass Erwerbsarbeit in Produktions- und Dienstleistungsbereichen ein bedeutsames Thema gesellschaftlicher Reflexion, wissenschaftlicher Arbeit und politischer Auseinandersetzung in jeder denkbaren, für unser eigenes Erwerbsleben relevanten, Zukunft bleiben wird, auch wenn sich ihr bislang überragender gesellschaftlicher Stellenwert relativiert, das können wir getrost voraussetzen. Es geht dann in der für uns vorrangigen Perspektive um die Arbeit der Zukunft. Also zukunftsgerichtet um all die Fragen die uns bereits heute in unseren Forschungs- und Beratungsprojekten betreffen.

---

<sup>13</sup> Dieser Begriff der „postindustriellen Gesellschaft“ mit dem Daniel Bell die heute ablaufenden Transformationen schon sehr früh und gewissermaßen nur negativ gefasst hat (Bell, 1975) ist mir hier, das möchte ich einflechten, lieber als die diversen Beschreibungen der neu heraufziehenden, noch vor uns liegenden Gesellschaft gewissermaßen aus ihrem vermeintlich neuen zentralen Punkt heraus: als „Dienstleistungsgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, etwas neoliberaler auch „unternehmerische Wissensgesellschaft“ und was an Begriffen mehr im Umlauf ist, die die industrielle Arbeitsgesellschaft durch eine neue Entwicklungsstufe, die wiederum eine der Arbeitsgesellschaft ist (!) abzulösen versprechen. Wie Pongs (2000 und 2001) gezeigt hat, handelt es sich bei diesen diversen im Umlauf befindlichen Begriffen letztlich darum, dass jeweils eine bestimmte Aspektwahl mehr oder weniger willkürlich in den Vordergrund gerückt wird und dann die Perspektive des wissenschaftlichen Beobachters, der sie vorgenommen hat, bestimmt. D. Bell hat im Übrigen in seiner inhaltlichen Skizzierung dieser postindustriellen Gesellschaft sehr wohl Aspekte der neueren Diskussion über die „Wissensgesellschaft“ vorweggenommen: Idealtypisch beschrieben ist die Nachindustrielle Gesellschaft für ihn geprägt durch (1) die Ressource Information (statt Energie), (2) durch verarbeitende Produktion (statt Güterproduktion) (3) durch Wissensintensität (statt Kapitalintensität) und (4) durch ein „Design“, das er als Spiel zwischen Personen (und nicht mehr als Spiel gegen die technisierte Natur) bezeichnet. (vgl. auch Bell 1975/96, 258).

## **2. Die Arbeit der Zukunft**

### **2.1. Metamorphosen der Arbeit**

Im Folgenden geht es im Blick auf die Zukunft der Arbeit um die Metamorphosen der Arbeit, die sich heute paradigmatisch in der so genannten New Economy entwickelt haben, um die dort zu beobachtenden Formen von Erwerbsarbeit. Das primäre arbeitspolitische Handeln ihrer Beschäftigten, das sich auf dieser Grundlage entwickelt, ist dann im Anschluss an diese Überlegungen empirisch bedeutsam im Hinblick auf Ansätze von Interessenvertretungshandeln, die aus ihm heraus erwachsen, wie auch aus den Bemühungen der Gewerkschaften um eine Anknüpfung an diese primäre Arbeitspolitik (vgl. Martens 2003).

Ich greife an dieser Stelle auf Ergebnisse des sfs-Forums zurück, die bereits vor ca. zwei Jahren in einem Sammelband veröffentlicht wurden (vgl. Martens u. a. 2001). Es geht in diesem Band um die Veränderungen von Erwerbsarbeit und deren nach wie vor große Bedeutung, um die durchlässiger gewordenen Grenzen zwischen Arbeiten und Leben, um die vor diesem Hintergrund umkämpfte gesellschaftliche Modernisierung, die Versuche der politischen Parteien, dabei die viel berufene „neue Mitte“ für sich zu gewinnen und um die Frage, ob und wie eine neue Arbeitspolitik den Veränderungen von Erwerbsarbeit und den Herausforderungen zu einer demokratischen Politik gerecht werden kann und welche Anknüpfungspunkte sich dafür in den heutigen Organisationen und Institutionen der Arbeit finden lassen. Die arbeitspolitisch bedeutsamen Ergebnisse dieses fsf-Forums lassen sich in folgenden Thesen bündeln:

#### **1.**

Der gesellschaftliche Umbruch ist bereits erfolgt, aber die neoliberale Revolution ist nur der Geburtshelfer des Neuen, nicht das Neue selbst. Fragt man nach der Hegemonie in den Beziehungen alter und neuer Verhältnisse in der modernen Arbeitsgesellschaft, so muss man den Blick auf die „primäre Arbeitspolitik“ richten, die sich unter den Bedingungen entgrenzter Arbeit entwickelt und an die Management, Gewerkschaften und Politik anschließen (müssen).

#### **2.**

Gesellschaftliche Arbeit erfolgt in der informationalisierten Ökonomie zunehmend auf der Grundlage theoretischen wissenschaftlichen Wissens. Unsere Gesellschaft ist ohne ihre wissenschaftlichen Grundlagen nicht zu verstehen. Ihre Verwissenschaftlichung, wie auch umgekehrt die Vergesellschaftung der Wissenschaften, schreiten weiter voran. Von der „Wissenschaftsgesellschaft“ müsste deshalb nach Ansicht mancher Autoren gesprochen werden (Kreibich 1997). Von der

„Wissensgesellschaft“ ist vor diesem Hintergrund heute vor allem die Rede. Es ist aber doch von einer anhaltenden Bedeutung von Erwerbsarbeit auszugehen.<sup>14</sup> Aber ihre Abhängigkeit wird in neuer Gestalt hervorgebracht. Zunehmend direkt marktvermittelt werden Interessenbezüge eher verdeckt. Sie werden aber für die Einzelnen angesichts einer immer größeren Durchlässigkeit der Grenzen zwischen Erwerbsarbeits- und Lebensarbeitszeit zum Problem. Das Arbeitsvermögen ist von der Person nicht abtrennbar. Die Anstrengungen um Teilhabe am Erwerbssystem drohen die Lebenszeit der Menschen „aufzufressen“, Arbeits- und Familienzeiten sind zunehmend schwerer zusammenzubringen. Und speziell in der New Economy, unter diesem Blickwinkel v. a. verkörpert in den Start-ups der IT-Branche, meinen manche Beobachter den Durchbruch zu einer entsprechenden anderen Arbeitskultur in paradigmatischer Form feststellen zu können.<sup>15</sup>

### 3.

Der „Arbeitskraftunternehmer“ – ein als idealtypisches Konstrukt heuristisch durchaus sinnvoll zu benutzender Begriff<sup>16</sup> - bewegt sich so in einem Spannungsfeld von Selbstbestimmung und Selbstausbeutung: Angesichts neuer gesellschaftlicher Spaltungsprozesse ist er, mehr oder weniger souverän mit den veränderten Anforderungen flexibler Arbeit zurecht kommend, sowohl in hoch qualifizierten Tätigkeiten im Zentrum des Erwerbssystems anzutreffen als auch, ständig um Teilhabe am Erwerbssystem kämpfend, in niedrig qualifizierten Tätigkeiten an seinen Rändern. Generell gilt, dass von einer Subjektivierung der Arbeit ausgegangen werden muss<sup>17</sup> und dass die Grenzen zwischen der mit der Erwerbsarbeit

---

<sup>14</sup> Der Umbau der „institutionell verfasste Arbeitsgesellschaft“ (v. Ferber 1961) steht aus diesem Grunde auch im Zentrum gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen (vgl. Castel 2000 und 2001), vgl. Ferner die Thesenpapiere der AG B2 zum Forum „Neue Politik der Arbeit“ ([www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de)).

<sup>15</sup> „Existierte bis vor kurzem noch die klassische Trennlinie von entfremdeter Arbeit und glücklicher Freizeit, so verwandelt sich nicht nur unsere Freizeit über leistungsbezogene Aktivitäten zunehmend in Arbeit. Vielmehr gehen die beiden Bereiche ineinander über, indem sich der Arbeitsbegriff totalisiert (...) auf ein ins alltägliche Leben ausgedehntes Busy-Sein“, schreiben A. Mesching und M. Stuhr (2002), unter ausdrücklicher Bezugnahme einerseits auf G. Anders (1979) (Morgen wird die Freizeit nicht mehr als das ‘eigentliche Leben’ gelten, sondern als leere Zeit, als nicht zu bewältigender Zeitbrei, als sinnloses Herumvegetieren), andererseits, mit dem Begriff der ‘totalen Mobilmachung’ auf E. Jünger, der seinerzeit die Totalisierung des faschistischen Arbeitsbegriffs vorgedacht hat (vgl. auch Hamacher, 2000).

<sup>16</sup> Ich benutze hier diesen von H-H. Voß und J. Pongratz (1998) eingeführten Begriff (konkurrierend sprechen auf dem Workshop „Unselbständige Selbständige oder Arbeitskraftunternehmer“ (Köln, 23. u. 24.05. 2002) K. Peters und W. Glißmann von unselbständigen Selbständigen (vgl. auch Peters 2001) und D. Sauer von entgrenzter Arbeit) wohl sehend, dass eine empirische Überprüfung der für seine Autoren damit verknüpften zentralen Annahmen einer Selbstökonomisierung und –rationalisierung bislang aussteht (vgl. Pongratz/Voß 2001).

<sup>17</sup> Vgl. dazu zuerst Baethge (1991), aktuell Moldaschl/Voß (2002). Unter methodologischen Gesichtspunkten hat W. Pöhler bereits 1991 aus phänomenologischer Perspektive sehr viel radikaler wie folgt argumentiert: „Der Erlebnisgehalt der Arbeit ist für die wissenschaftliche Analyse und Bewertung von Arbeit noch ein unerschlossenes Gebiet. Im Zuge der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse wird diese Dimension jedoch an Bedeutung gewinnen. Für die Arbeitswissenschaften werden damit nicht nur neue Forschungsfelder geöffnet, es steht ihnen auch ein Paradigmenwechsel bevor: die Hinwendung zum arbeitenden Subjekt.“ (Pöhler 1991, 83).

zugebrachten Zeit und der Lebenszeit in privaten und öffentlichen Räumen durchlässiger werden.<sup>18</sup> Damit werden zugleich die im Fordismus noch relativ klaren Zuordnungen der Geschlechter zwischen Erwerbsarbeit Haus- und Erziehungsarbeit immer unschärfer und durchlässiger.<sup>19</sup> Dies schafft Probleme und Herausforderungen zu einer Rationalisierung der Lebensführung im Spannungsverhältnis zu alten Erwartungen an Arbeitsteilungen und (zunehmend gefährdete) soziale Sicherungen.<sup>20</sup> Aber die neue Verknüpfung des Lebens mit der Erwerbsarbeit ist zugleich vielfach produktiv. Der heraufziehende Postfordismus produziert so nicht nur jenen vorgestanzten neuen Lifestyle, den z. B. A. Mesching und M. Stuhr ideologiekritisch als die Kultur der New Economy analysieren, in der „das Unternehmen zu einer Art Ersatzfamilie“ mutiert, „ohne Väter und Mütter, einer Art Geschwisterwelt, in der die patriarchalen Strukturen der traditionellen Familie zugunsten neuer Bindungen abgeschafft worden sind“ (S. 97), wo „den Internetnomaden in Form einer ‘Arbeits-WG’ ein neues Zuhause jenseits sozialer Hierarchien angeboten“ wird (S. 126) und wo „der Individualismus in unserer Gesellschaft; (der) zur Norm und allgemeinen Anforderung geworden ist, (...) gleichzeitig banal (wird)“ (S. 95).<sup>21</sup> In den Menschen, die ihn hervorbringen, entwickeln sich vielmehr zugleich auch die Voraussetzungen und Bedingungen für eine individuell gelingende Herstellung der Verknüpfung von Arbeiten und Leben. Der im gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt immer höher qualifizierte Arbeitskraftunternehmer ist zugleich ein anspruchsvollerer Konsument und kompetenterer Bürger.

#### 4.

Auf dieser Grundlage entsteht weiterhin eine neue materiale Reflexivität der Arbeit:

- in Bezug auf Güte und Qualität von Arbeitsprozess und –produkt,

---

<sup>18</sup> Mit Blick auf die New Economy schreiben Meschnig/Stuhr (2001, 96), noch unter dem Eindruck der ungebrochenen Boomphase: „Wenn es ein Versprechen im Kern der New Economy gibt, dann ist es weniger der schnelle Reichtum als die Existenz einer ‚warmen Atmosphäre‘ jenseits konventioneller Hierarchien.“ Was in den Start-ups faktisch geschehe, sei die Auflösung einer bis vor kurzem anerkannten Grenze, die das bürgerliche Zeitalter definierte: die zwischen Arbeit und Freizeit, öffentlich und privat (a. a. O., S. 100).

<sup>19</sup> Vgl. dazu zuletzt Gesterkamp 2003, S. 91 - 162. Unter diesem Aspekt ist im Übrigen anzumerken, dass der idealtypische Begriff des ‚Arbeitskraftunternehmers‘ implizit immer noch von einer männlich geprägten Erwerbsarbeit ausgeht, was für die vermuteten Vorreiterbereiche seiner gesellschaftlichen Durchsetzung, etwa in der IT-Branche, ja auch empirisch noch weithin Gültigkeit hat.

<sup>20</sup> Vgl. hier in kritischer Auseinandersetzung zum idealtypischen Konstrukt von Voß/Pongratz die Beiträge von M. Faust (2002), W. Kruse (2002) und J. Strauß (2002).

<sup>21</sup> „Im verzweifelten Bemühen der Einzelnen sich unterscheiden zu wollen, werden sie sich paradoxerweise immer ähnlicher. Der ‚Narzismus der kleinen Unterschiede‘ (Freud) kann die vorhandene Sehnsucht nach der Zugehörigkeit nach einem größeren Ganzen nicht kaschieren“ (a. a. O., S. 95).

- in Bezug auf ihre Materialität und Leiblichkeit, ihre kulturelle Einbettung und die Persönlichkeitsentwicklung der Arbeitenden,
- und schließlich erlangt auch die Ökologie als letzter Horizont für den Stoffwechsel von Mensch und Natur einen systematischeren Stellenwert in den Arbeitsprozessen selbst.

All dies mag angesichts einer bedrückenden und gerade wieder bedrohlicher erscheinenden Arbeitslosigkeit aus der Perspektive einer hilflos reagierenden Beschäftigungspolitik zunächst nur latent bleiben, es ist aber – wie die Metamorphosen der Arbeit insgesamt, die Entstehung von so etwas wie „Arbeitskraftunternehmertum“ und als dessen Kehrseite das Aufkommen einer neuen individuellen zivilgesellschaftlichen Subjektivität – „der Rohstoff“, an den eine sich erneuernde „sekundäre Arbeitspolitik“ reformfähiger Verbände und Parteien anknüpfen könnte und müsste.

## 5.

Zugleich wächst angesichts der Tiefe der gesellschaftlichen Umbrüche der allgemeine Bedarf an Orientierungswissen. Dabei sind Forschende und Arbeitende immer weniger verschiedene Kategorien. Angesichts der Metamorphosen der Arbeit stellt sich so auch die Frage nach der Rolle von Wissenschaft neu. Die aktuelle Diskussion um die „Wissensgesellschaft“, in der die Wissenschaft „entzaubert“ ist und jedenfalls in den Sozialwissenschaften nicht länger über privilegierte Erkenntniszugänge verfügt, wird so von F. O. Wolf im Ergebnis der Diskussionen auf dem sfs-Forum „Neue Arbeit - neue Gesellschaft. Nach dem Umbruch“ auf die Frage zugespitzt, wie unter den heutigen Bedingungen medialer Vernetzung freie Gesellschaften durch Initiativen der Bürger, durch Netzwerkpoltik und durch erneuerte offene Verfahrensweisen ermöglicht und verändert werden können. Er macht dabei deutlich, dass die Ambivalenz von Selbstunterwerfung und Selbstbefreiung zunächst einmal anzuerkennen und herauszuarbeiten ist. Auf dem Stand der heutigen wissenschaftlichen Diskussion können wir nicht mehr davon ausgehen, dass wir noch über objektive Theorien verfügen, die uns Orientierung bieten und mittels derer wir anderen Orientierung bieten könnten. F. O. Wolfs bereits zitierte Überlegungen bezüglich der „eigentümlichen Zwischenfunktion“ von Gesellschaftswissenschaftlern, „Brückendiskurse“ anzuregen und dazu beizutragen, mögliche neue Verbindungen und Verknüpfungen zu ‚finden‘ und ‚herzustellen‘ gewinnt von daher ihren Stellenwert (Wolf 2001, 211). Die Übersicht 1 fasst diese fünf zentralen Thesen noch einmal zusammen.

### ***Übersicht 1: Metamorphosen der Arbeit***

⇒ Im Epochenbruch ist der Umbruch schon erfolgt. Der Neoliberalismus ist der Geburtshelfer des Neuen, noch nicht das Neue selbst.

- ⇒ Die marktvermittelte, subjektivierte und entgrenzte Arbeit bleibt ein Knotenpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzung.
- ⇒ Der „Arbeitskraftunternehmer“ steht im Spannungsfeld von Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Es entwickeln sich neue Verknüpfungen von Arbeit und Leben.
- ⇒ Es entsteht eine neue materiale Reflexivität der Arbeit und damit ergeben sich auch neue Chancen des Umbruchs.
- ⇒ Zugleich entsteht wachsender Bedarf an Orientierungswissen. U. a. ist vor diesem Hintergrund die Frage nach der Rolle von Wissenschaft neu zu stellen.

Der Argumentation von F. O. Wolf könnte ich mich anschließen. In ihrer Perspektive, die ja auch die eines eingreifenden Denkens ist, sind nicht nur die hier entfaltenen konzeptionellen Überlegungen angelegt, sondern gleichermaßen die um sie und um die eigene empirische arbeitsbezogene Forschungen organisierten arbeitspolitischen Dialoge, die die Basis der in diesem zweiten Hauptteil ausgeführten Argumentationen liefern.

## **2.2. Neubestimmung gesellschaftlicher Arbeit**

Die Generalthese, die sich aus der bisherigen Argumentation zur Zukunft der Arbeit ergibt, ist die des „Epochenbruchs“ nach dem Ende des „Fordismus“. Es entsteht jener neuer Typus der Ware Arbeitskraft, der idealtypisch von Voss/Pongratz mit dem Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“ in einer die weitere Diskussion produktiv anregenden Weise beschrieben wurde. Die ihm entsprechenden individuellen Subjekte mit ihren neuen Arbeitserfahrungen sind die Träger der „Neuen Arbeit“. An ihre Erfahrungen kann das immer noch hegemoniale neoliberale Projekt erfolgreich anknüpfen und ihnen gegenüber geraten die in Deutschland in der Phase des Fordismus so erfolgreichen Institutionen der Arbeit in große Probleme. Aber der scheinbar zu verwirklichende liberale Traum ist nur „Geburtshelfer des Neuen, nicht das Neue selbst“, und mit der Individualisierung haben sich sozialkulturelle Milieus zwar ausdifferenziert, sind aber keineswegs verschwunden (vgl. Vester 2001). Die „neue Pluralitätskonstellation, die stärker dezentral und „metastabil“ sein wird, ist im Sinne eines neuen dauerhaften „postfordistischen“ Regulationsmodells noch nicht gefunden ( vgl. auch Dörre 2001, Dörre/Röttger 2003).

Die weitere Argumentation konzentriert sich auf das Zentrum des Systems der Erwerbsarbeit und dessen Veränderungen als Knotenpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.



### 2.3 Hegemoniale Wirkung der neuen Arbeit

Im Zuge der tiefgreifenden Umwälzungen von Arbeit zieht die „neue Arbeit“ deshalb so viel Aufmerksamkeit auf sich, weil über deren Definition sich ganz wesentlich die Bilder zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung entscheiden. Hegemoniale Positionen in Bezug auf die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ergeben sich dabei, bündig formuliert, aus einer gelungenen Verknüpfung von einer Analyse sozialer Tatsachen, dem Rückgriff auf und die Anknüpfung an die Erfahrungen und Handlungen der individuellen Subjekte in ihrer „primären“ Arbeitspolitik und darüber eröffnen sich Handlungsmöglichkeiten, die über Institutionalisierungsprozesse in Formen „sekundärer“ Arbeitspolitik zur Geltung gebracht werden können. In diesem Sinne sind „praktische Untersuchungen“ anzulegen und ist empirische Sozialforschung im Übrigen auch immer in Verwendungszusammenhänge gestellt. Der alten Arbeiterbewegung ist es so im Prozess der gesellschaftlichen Konstituierung des fordistischen Regulationsmodells gelungen, in den hoch industrialisierten Ländern bestimmende Merkmale institutionell wohlfahrtsstaatlich verfasster Arbeitsgesellschaften durchzusetzen.

Die Übersicht 2 bezieht sich entsprechend auf die Herausforderungen des Postfordismus.

#### ***Übersicht 2: Herausforderungen des Postfordismus***

- Hegemoniale Position: Verknüpfung von Analyse, Erfahrungen und Eröffnung von Handlungsmöglichkeiten
- Analysen „von oben“ und „von unten“
- „Neue Arbeit“ aus beiden Perspektiven zentral
- alternativlose marktvermittelte „Selbstaussbeutung“
- Selbstorganisation als Chance für Selbstbestimmung

### 2.4 Neufassung der Kategorie der abhängigen Arbeit

Versucht man diese Perspektiven „von oben“ und „von unten“ zusammenzubringen, muss man sich unter anderem mit den Bemühungen um eine „Neufassung der Kategorien der abhängigen Arbeit“ auseinandersetzen. Sie verweisen auf eine begrifflich schärfere Fassung von „Neuer Arbeit“ unter den Bedingungen des „Postfordismus“. Bei unserem Vorschlag hierzu knüpfen wir an den idealtypischen Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“ an. Es wird also zunächst der These von Voß/Pongratz gefolgt, dass dieser den Idealtypus des verberuflichten Arbeitnehmers

ablösen wird, der im 20. Jahrhundert prägend war und die Basis der Industriegewerkschaften darstellte. „Fordismus“ bezeichnet ein Regulationsregime des Lohnarbeitsverhältnisses, das heute durch ein neues abgelöst wird. Die in ihm entstehende „Neue Arbeit“ ist aber kein Gegenbegriff zu „Lohnarbeit“. Der Begriff der „Neuen Arbeit“ beschreibt vielmehr deren Formwandel: der Stücklohn kehrt in neuer Gestalt zurück. Von der Projektarbeit, über die Vertrauensarbeit bis hin zum „VW-Modell 5000x5000“ kann man ihm zunehmend begegnen.

Die Folgen des „Epochenbruchs“, als der das Ende des fordistischen Regulationsregimes bezeichnet werden kann, sind für die Gewerkschaften als Organisationen der lebendigen Arbeit tiefgreifend. Sie sind zunehmend mit dem Aufkommen neuer gesellschaftlich hervorgebrachter Formen der „Ware Arbeitskraft“ konfrontiert, deren Träger ihren im Fordismus entwickelten und sehr erfolgreichen Instrumenten und Praktiken „sekundärer“ Arbeitspolitik (in Bezug auf Arbeitszeit, Entlohnung, Mitbestimmung) und den Formen repräsentativen, stellvertretenden Handelns, in denen sie zur Geltung gebracht wurden, skeptisch-distanziert gegenüberstehen. Aufgrund ihrer unmittelbaren Arbeitserfahrungen mit einer wachsenden Bedeutung der Selbstorganisation (in teilautonomen Gruppen, bei Projektarbeit usw.) ist das „Selbertun“ angesagt und zudem mit Emanzipations- und Freiheitsversprechen verknüpft, die derzeit immer noch das hegemoniale neoliberale Modell der postfordistischen Regulation für viele attraktiv zu machen scheinen. Die Abhängigkeit der „Neuen Arbeit“ in den nun stärker direkt marktvermittelten Formen scheint mit dem gleichzeitigen Zurücktreten der Bedeutung der alten Hierarchien zu verschwinden. Eine Folge davon ist, dass Forderungen nach Normierung der „neuen Arbeit“ schwächer werden, bzw. alte Normierungsvorstellungen der Gewerkschaften auf weniger Resonanz stoßen. Die Normierung von Arbeit durch Kollektivvereinbarungen erscheint vielen in wichtigen und wachsenden Bereichen der Wirtschaft als weniger wichtig und wird schwieriger. Der Stücklohn, den übrigens schon Marx für die dem Kapitalverhältnis adäquateste Form hielt, gewinnt in gewandelten Formen (von der Projekt- über die Vertrauensarbeit bis hin zum „VW-Modell 5000x5000“) wieder wachsende Bedeutung. Gleichzeitig steigt nach unserer Vermutung aber die Bedeutung gleicher Teilhabe aller an strategischen Entscheidungen potenziell an; denn mit den Erfahrungen des „Selbertuns“ sind weitreichende Demokratisierungsansprüche und –potentiale verknüpft, die nur deshalb nicht zur Geltung kommen, weil die bestehenden Institutionen der Arbeit (z. B. auch die Gewerkschaften), aber auch die Politik, darauf noch nicht die richtigen neuen Antworten gefunden haben. Übersicht 3 fasst diese zuletzt genannten Veränderungen noch einmal zusammen:

### *Übersicht 3: Neufassung der Kategorie „Abhängige Arbeit“*

- „von unten“: für den Arbeitskraftunternehmer entfällt die Differenz zwischen konstantem und variablem Kapital

- „von oben“: auch die „Lebensarbeit“ wird zu einem Moment der durchrationalisierten „ausgebeuteten“ Gesamtarbeit
- Damit ist abhängige Arbeit direkt marktvermittelt
- Abhängigkeit wird so „unsichtbar“
- Paradoxe Folge: Forderungen nach Normierung werden schwächer, aber Bedeutung gleicher Teilhabe aller an strategischen Entscheidungen steigt potentiell an

Die These, dass der Neoliberalismus zwar der „Geburtshelfer des Neuen“, nicht aber schon das Neue selbst ist, gewinnt erst vor diesem Hintergrund Konturen. Allerdings wird sich nur im Getümmel der dialogischen Begegnung mit den Initiativen der neuen individuellen Subjekte (Arbeitskraftunternehmer) neues Aufklärungswissen „von unten“ entwickeln lassen. Erste gewerkschaftliche Erfahrungen im Bereich der New Economy, z. B. die der IG Medien mit „connex-a.v.“ (Gesterkamp 2002), oder der IG Metall bei IBM (Glißmann 1999, Peters 2001) oder auch in ihrem Siemensprojekt (Müller 2002, Schuhler 2003) belegen das sehr gut.

## **2.5 Selbstorganisation, Selbstunterwerfung, Selbstbestimmung**

Die Erfahrungen der „Arbeitskraftunternehmer“ mit dem Versprechen der emanzipatorischen Gehalte von „Selbertun“ in ihrer Arbeit, in den Bezügen von Selbstorganisation, Selbstbestimmung und Selbstausbeutung sind sehr widersprüchlich. Nachdem seit dem März 2000 die Spekulationsblase am NEMAX geplatzt ist und die bis dahin dynamische Entwicklung der Unternehmen der Neuen Ökonomie Brüche erfahren hat, hat sicherlich Ernüchterung Platz gegriffen. Dass hier in der Bundesrepublik neben dem „Selbertun“ repräsentative Vertretungsstrukturen der Betriebsverfassung Sinn machen könnten, findet inzwischen dort Anhänger unter den Beschäftigten der Neuen Ökonomie, wo es Akteuren aus den Gewerkschaften gelungen ist, dialogische Begegnungen mit den Initiativen der neuen individuellen Subjekte herzustellen (Gesterkamp 2002, Martens 2003, Müller 2003). Bezeichnenderweise ist dabei eine wichtige Erfolgsvoraussetzung, sich als Gewerkschaft mit traditionellen Konzepten und Strukturen, die immer gleich unter „Bürokratieverdacht“ stehen, zurückzunehmen. Wie schon in der großen Umbruchphase der zweiten industriellen Revolution, in der der Aufstieg der Gewerkschaften begann, kommt es sehr darauf an, sich unvoreingenommen auf die spezifischen Milieus und Erfahrungen der unterschiedlichen Segmente „Neuer Arbeit“ und ihnen zugehöriger Arbeitskraftunternehmer einzulassen. Es gibt inzwischen einige gewerkschaftliche Modellprojekte, die sich genau darum bemühen.<sup>22</sup> Die

<sup>22</sup> Vgl. dazu empirisch Martens 2003.

arbeitspolitisch bedeutsamen Fragen lauten, wie weitgehend den Gewerkschaften Schritte im Rahmen derartiger Modellprojekte gelingen und ob sie die entsprechenden Erfahrungen anschließend in ihre übergreifenden betriebs- und tarifpolitischen Strukturen und Handlungsmuster transferieren können. Das neuartige Problem, vor dem sie stehen, ist vor allem, dass sie Interessen der Beschäftigten differenziert ausweisen müssen und bestimmte klassische Regulationsbereiche, z. B. die der Regulierung der Arbeitszeit, angesichts der Entgrenzung von Arbeit und der verschwindenden Trennung von Arbeiten und Leben nur noch sehr schwer handhaben können. Andererseits kann es dort, wo der Traum von mehr Selbstbestimmung zum Albtraum ungebremst durchschlagender Marktabhängigkeit wird, auch dazu kommen, dass sich soziale Konflikte sehr schnell politisch aufladen. Es gibt zumindest die abstrakte Möglichkeit eines „neuen Antikapitalismus.“<sup>23</sup>

#### **Übersicht 4: Selbstorganisation, Selbstunterwerfung, Selbstbestimmung**

- Das „Selbertun“ verspricht zunächst Selbstbestimmung und Emanzipation
- Es gibt aber ebenso Optimierung von „Selbstausbeutung“ durch „Selbertun“
- Also: nicht jedes „Selbertun“ ist befreiend
- Bereitschaft zur Selbstunterwerfung – Prozess der Selbstveränderung
- („von unten“) Verringerter Stellenwert von Interessenpolitik
- daher müssen Interessen differenziert ausgewiesen werden
- „Selbertun“ und Selbstoptimierung lässt Trennungen schwinden
- Möglichkeiten des Umschlags und der Transformation
- Dies eröffnet auch die abstrakte Möglichkeit eines „neuen Antikapitalismus“

Aus der hier gewählten Perspektive heraus ist zu verstehen, dass die von Emanzipationsansprüchen in der Arbeit getragene Bereitschaft zu Veränderungen der - aus alten traditionellen Bindungen in neu ausdifferenzierte soziale Milieus heraustretenden und stärker individualisierten - Arbeitskraftunternehmer in hohem Maße widersprüchlich ist. So geht es einmal darum, sich den marktvermittelten Zwängen zu unterwerfen und angesichts des Drucks der Ökonomisierung Erwerbs- und Lebensarbeit, deren Grenzen immer durchlässiger werden, im Zusammenhang neu durchzurationalisieren – etwa indem man sich auf Projektarbeit auch zu Lasten von Familienzeit einlässt oder den Zwang zum lebensbegleitenden Lernen als Bringschuld auf dem Feld der Weiterbildung verinnerlicht hat. Zum anderen geht es darum, dass die Verheißungen der „Neuen Arbeit“, das „Selbertun“ in ihr,

---

<sup>23</sup> Ein Konflikt um Massenentlassungen hochqualifizierter Beschäftigter kann so sehr schnell dazu führen, dass „Fortschritt der Arbeit“ von den im Konflikt „von unten“ Agierenden als „sozialer Rückschritt“ kenntlich gemacht wird – mit großer Resonanz bei den betroffenen *Beschäftigten* (vgl. Mayer 2003).

Demokratisierungspotenziale schafft und dass Erwartungsenttäuschungen in Bezug auf Einkommen und gesicherten Wohlstand (auch Zeitwohlstand/Zeitautonomie) durchaus Bedarfe nach neuer Regulierung aufkommen lassen. Interessen müssen auf der einen Seite differenziert ausgewiesen werden. Auf der anderen Seite sind sie angesichts der Entgrenzung von Arbeit nicht mehr schön säuberlich auf das gesellschaftliche Teilsystem der Erwerbsarbeit zu begrenzen. Zusammenhänge von Arbeiten und Leben werden unmittelbarer thematisch, und die Artikulation dieser Interessen kann dann rasch einen stärker politischen Charakter annehmen.

Wenn die Gewerkschaften diesen potenziellen arbeitspolitischen Charakter der sich abzeichnenden neuen sozialen Konflikte entfalten, also nach Möglichkeiten der Umkehrung der Selbstunterwerfung unter die Zwänge des Marktes suchen wollen, dann werden sie zu Grenzüberschreitungen gezwungen. Dies ist nicht zuletzt dann für sie wichtig, wenn sie erreichen wollen, dezentral entstehende neue Formen von Handlungsfähigkeit in ihre Strategien einer Erneuerung gesellschaftlicher Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse (hin zu einem neuen Regulationsmodell) zu integrieren. Insbesondere die Beschränkung auf den klassischen Bereich der Erwerbsarbeit und die Vernachlässigung „informalisierter“ Arbeit, ebenso aber auch die Beschränkung auf den nationalen Handlungsrahmen werden dann zu überwinden sein. Schon diese drei Dimensionen machen deutlich, dass eine neue Arbeitspolitik letztlich nicht in der Beschränkung auf den alten nationalstaatlichen Handlungsrahmen durchsetzbar sein wird, der z. B. in Giddens' Konzepten des dritten Weges nicht überschritten wird, und dass es natürlich auch um die „Ränder“ des Systems der Erwerbsarbeit gehen wird, wie der Hinweis auf den Bereich der „informalisierten Arbeit“ zeigt.

## **6. „Primäre“ und „sekundäre“ Arbeitspolitik**

Im Blick auf Integrationsleistungen, bezogen auf die Verknüpfung von Ansatzpunkten und Erfahrungen „primärer“ Arbeitspolitik im Rahmen übergreifender Institutionalisierungsprozesse, ist es noch einmal wichtig, auf die Unterscheidung von „primärer“ und „sekundärer“ Arbeitspolitik zu verweisen. Erstere umschreibt gewissermaßen das „spontane“ mikropolitische Handeln der Arbeitenden in Bezug auf die Artikulation und Wahrung ihrer arbeitsbezogenen Interessen. Es geht hier um das Arbeitspolitik immer wieder neu konstituierende eigene Handeln der Beschäftigten. Die daran anknüpfende, diese Artikulationen aufgreifende und weiter treibende „sekundäre“ Arbeitspolitik von sozialen Bewegungen, die sich selbst und diese Arbeitspolitik erst darüber erfolgreich institutionalisieren, wie dies z. B. an der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung gezeigt werden kann, ist hiervon zu unterscheiden:

- „Primäre“ und „sekundäre“ Arbeitspolitik sind zu unterscheiden
- Sekundäre Arbeitspolitik im Fordismus setzte spezifische Formen der Normierung durch
- Blieb auf (industrielle) Erwerbsarbeit zentriert
- Blieb „stumpf“ gegen das „System der Trennungen“ und die Strukturalisierung fundamentaler Herrschaftsverhältnisse
- War überhaupt nur als „Brückendisziplin“ zu entwickeln
- Heute, angesichts tiefgreifender Metamorphosen der Arbeit, geht es um neue Thematisierung der primären Arbeitspolitik
- Diese muss bewusst gesellschaftstheoretisch argumentieren

Die Stichpunkte in der Übersicht 5 verweisen darauf, dass solche Normierungen im fordistischen Regulationsmodell auf Erwerbsarbeit zentriert blieben. Weiter zielende Visionen der Arbeiterbewegung brachen sich auch an den mit der industriellen Erwerbsarbeit, teilweise noch zusätzlich verfestigten, Trennung z. B. zwischen Arbeit, Leben und Politik. Arbeitspolitik selbst, als der eigentliche Oszillationspunkt gewerkschaftlichen Handelns war unter diesen Bedingungen der Trennungen im Grunde nur als so etwas wie ein zusammengesetztes Politikfeld, dem eine Art Brückendisziplin entsprach, zu entwickeln.

## **2.7. Schlussbemerkung**

Wenn ich nun der Eingangsthese von den tiefgreifenden Metamorphosen der Arbeit im heraufziehenden und erst zu gestaltenden postfordistischen Regulationsmodell folge, so ist eines klar: Wenn die Suchprozesse der bestehenden Institutionen der Arbeit unter den Bedingungen neuer Unübersichtlichkeiten erfolgreich gestaltet werden sollen, wenn neues Aufklärungswissen der Arbeitsgesellschaft über sich selbst und ihre realistischen Entwicklungsmöglichkeiten entstehen und wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden soll, muss neben dem analytischen Blick „von oben“, also auf das von da aus erschließbare Ganze der Veränderungsprozesse, ganz wesentlich auch „von unten“ an der neu entstehenden primären Arbeitspolitik im Bereich der „Neuen Arbeit“ angesetzt werden. Auch hier gilt es Wissen über Zusammenhänge und reale Möglichkeiten herzustellen – durch den kritischen Blick auf die neu entstehenden „objektiven“ Strukturen sowie auch durch den Blick auf deren reflexive Einholung durch die individuellen Subjekte, die unter den neuen Bedingungen arbeiten, ihre arbeitsbezogenen Interessen artikulieren und sich durch eigene Initiativen einen Raum arbeitspolitischen Handelns erobern können – dabei zunehmend die Trennungen zwischen Arbeiten und Leben überschreitend.

Wenn es also darum geht, sich den Erfahrungen und Integrationsinitiativen „von unten“ unvoreingenommen zuzuwenden, damit Aufklärungswissen im Getümmel dialogischer Begegnungen neu entstehen kann, dann sind damit Überlegungen angesprochen, die auf der einen Seite die sozialwissenschaftliche Praxis dazu drängen, Vorstellungen eines privilegierten eigenen Erkenntniszugangs gründlich in Frage zu stellen und sich demgemäß auch methodisch zu öffnen, Anregungen aus den Diskussionen um Forschung und Beratung aufzunehmen und an ältere Debatten über Feld- und Aktionsforschung produktiv anzuknüpfen. Gleichermaßen stellt sich für die bestehenden, immer noch tragenden Institutionen unserer institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft die Herausforderung, ihre institutionell „vorgestanzten“ Arbeitsroutinen selbstkritisch fragend und offen für neue Erfahrungen und Ansätze ‚primärer Arbeitspolitik‘ zu überschreiten. Die institutionellen Leitideen, die diesen Herausforderungen gerecht werden und an die vielfältigsten Alltagserfahrungen der ArbeitnehmerInnen überzeugend anknüpfen könnten, sind noch nicht gefunden. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik, den einige Kollegen aus Wissenschaft und Praxis mit mir zusammen mit den Veranstaltungen des „Forums neue Politik der Arbeit“ begonnen haben ([www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de)), soll weitergehende Klärungen über gemeinsame Wegrichtungen und Verfahren ermöglichen, die uns allen zu soliderem neuen Orientierungswissen verhelfen können.

### **Literatur:**

- Arendt, H. (1967): Vita activa oder vom tätigen Leben, München-Zürich
- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich,
- Baethge, M. (1991): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit, in: Soziale Welt, Jg. 42, Heft 1, S. 6-19
- Baethge, M. (1999): Warum tun sich die Deutschen mit der Dienstleistung so schwer?, in FR (Dokumentationsseite), 01.07.1999
- Barloschky, K.; Spitzley, H. (1998): Arbeit für alle - zu neuen Bedingungen. `Bausteine für eine Arbeitspolitik für das 21. Jahrhundert, Bremen (Manuskript)
- Bartmann, H. (1996): Umweltökonomie – ökologische Ökonomie, Stuttgart
- Bell, D. (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft, Neuausgabe 1996, Frankfurt/New York
- Berliner Memorandum (1997): Ein Jobwunder ist auch in Deutschland möglich, FR 02.05.1997 (Dokumentationsseite)
- Binswanger, H. C. (1991): Geld und Natur, Stuttgart und Wien
- Bosch, G.; Kalina, T.; Lehndorff, S.; Wagner, A.; Weinkopf, C. (2001): Zur Zukunft der Erwerbsarbeit. Eine Positionsbeschreibung auf der Basis einer Analyse kontroverser Debatten, HBS, Arbeitspapier 43, Düsseldorf
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Castel, R. (2001): Die neue Soziale Frage, Aushöhlung, Zusammenbruch oder Reorganisation der Erwerbsgesellschaft. Eine Zwischenbilanz, Frankfurter Rundschau, 04.09.2001
- Dörre, K. (2001): Gibt es ein nachfordistisches Produktionsmodell? Managementprinzipien, Firmenorganisation und Arbeitsbeziehungen im flexiblen Kapitalismus, in: Candius, M., Deppe, F. (Hg.): Ein neuer Kapitalismus? Akkumulationsregime - Shareholder Society – Neoliberalismus und neue Sozialdemokratie, Hamburg, S. 83 – 107
- Dörre, K.; Röttger, B. (Hg.) (2003): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg

- Engelmann, J.; Wiedemeier, M. (2000): Kursbuch Arbeit. Ausstieg aus der Jobholdergesellschaft – Start in eine neue Tätigkeitskultur? Stuttgart/München
- Erlinghagen, M.; Siemes, S. (2003): Der ‚Job fürs leben‘ – Mythos oder reales Kennzeichen vergangener Erwerbsverläufe? Ergebnisse einer nichtrepräsentativen Befragung von Gewerkschaftsmitgliedern im Ruhestand, in ARBEIT, 2/2003, S. 165-172
- Faust, M. (2002): Der „Arbeitskraftunternehmer“ – eine Leitidee auf dem ungewissen Weg der Verwirklichung, in: Kuda, E., Strauß, J. (Hg.) a. a. O., S. 56 - 80
- Ferber, C. v. ( 1961 ): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil. Schrift, Göttingen (nur teilweise veröffentlicht)
- Gesterkamp, T. (2003) www.gutesleben.de, Stuttgart
- Giddens, A. (1997) Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt/Main
- Gleißmann, W. (1999): Betriebliche Interessenvertretung und neue Selbständigkeit in der Arbeit, in: Fricke, W. (Hg.) Arbeitsorganisation, industrielle Entwicklung und Demokratie, Bonn
- Gorz, A. (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin
- Gorz, A. (1994): Die Lohnarbeitsgesellschaft ist nicht zu retten. Gespräch mit Martin Kempe, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 7/1994
- Hamacher, W.(2000): Arbeit Durcharbeiten, in Baecker, D. (Hg.) Archäologie der Arbeit, Berlin, S. 155 - 200
- Häußermann, H.; Siebel, W. (1995): Dienstleistungsgesellschaften, Frankfurt/Main
- Howaldt, J.; Minssen, H. (1993) Lean, leaner...? Die Veränderung des Arbeitsmanagements zwischen Rationalisierung und Humanisierung, Dortmund
- Jakob, G. (1999): Arbeitsgesellschaft als Bürgergesellschaft? Vortrag auf der Tagung „Arbeitsgesellschaft - wohin?“ 26./27. 02. 1999 Herzogenrath
- Kempe, M. (1995): Zukunft der Arbeit. Wege aus der sozialen Krise, Frankfurt/Main und Wien
- Kern, H.; Schumann, M. (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München
- Kilger, G. ; Bieneck, H.-J. (2002): Neue Qualität der Arbeit, wie wir morgen arbeiten werden, Frankfurt/New York
- Kitzmüller, E. (1997) Von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft: Neue Verständigungsprozesse, in: Paul-Horn, I. (Hg.): Transformation der Arbeit. Prozesswissenschaftliche Erforschung einer Grundkategorie, Wien, S. 161 – 194
- Klammer, U.; Bäcker, G. (1998): Niedriglohn und Bürgerarbeit als Strategieempfehlungen der Bayrisch-Sächsischen Zukunftskommission, In WSI-Mitteilungen 6/1998, S. 359 - 370
- Koch, C. (1995): Die Gier des Marktes, München-Wien
- Kocka, J.; Offe, C. (Hg.) (2000): Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt/New York
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn 1997
- Kruse, W. (2002): Selbstmanagement und Beruflichkeit: Was wird beim Übergang ins Arbeitsleben gelernt?, in: Kuda, E.; Strauß, J. (Hg.) Arbeitnehmer als Unternehmer? Herausforderungen für Gewerkschaften und berufliche Bildung, Hamburg, S. 145 - 159
- Martens, H. (2001): Auf dem Weg zu einer neuen Aktionsforschungsdebatte? Forschung, Organisations- und Politikberatung aus Sicht sozialwissenschaftlicher Arbeitsforschung, in: Fricke, W. (Hg.) Jahrbuch Arbeit und Technik 2001/2002, Bonn, S. 340 - 370
- Martens. H. (2003): Primäre Arbeitspolitik und Interessenvertretung in der New Economy. Erste empirische Befunde im Lichte konzeptioneller Debatten und aktueller empirischer Untersuchungen, Forschungsbericht, Dortmund
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.) (2001): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York



- Mayer, L. (2003): „Modernisierung“ der Arbeit wird zum zivilisatorischen Rückschritt, in: Schuhler, C. (Hg.), a. a. O., S. 46 – 47
- Meschnig, A.; Stuhr, M. (2001): www.revolution.de, die Kultur der New Economy, Hamburg
- Miegel, M.(1999): Leserbrief zu Streeck/Heinze (1999) in: Der Spiegel, 21. 1999, S. 12
- Müller, W. (2002): Der/die Angestellte – das unbekannte Wesen? Warum klassische Gewerkschaftsthemen auch bei Angestellten ankommen, in FIAB -Jahrbuch 2001/2002, Recklinghausen, S. 135 – 140
- Müller, W. (2003): Bericht Siemensprojekt 1998 - 2002. Konsequenzen für die Organisation (Manuskript)
- Offe, C. (1998): Zukunft der Arbeit: Generelle Trends in der Debatte, in: Enquête-Kommission „Zukunft der Erwerbsarbeit (1998): Der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Materialband zum Bericht. Teil 1 – Bestandsanalyse, S. 1 - 22
- Offe, C.; Fuchs, S.(1998): Wie schöpferisch ist die Zerstörung? In: Zurück in die Zukunft. Stellungnahmen zum dritten Bericht der Miegel-Kommission, Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/1998, S. 295 - 300
- Paul-Horn, I. (1987): Transformation der Arbeit. Prozesswissenschaftliche Erforschung einer Grundkategorie, Wien
- Peters, K. (2001): Individuelle Autonomie und Reorganisation von Unternehmen, in: Fricke, W. (Hg.) Jahrbuch Arbeit und Technik 2001, Bonn, S. 371 - 388
- Plessner, H. (1966): Der Weg der Soziologie in Deutschland, in ders.: Ausgewählte Beiträge zur Kultursoziologie, Düsseldorf, S. 36 – 54
- Pöhler, W. (1991): Arbeit und Subjekt, in: Nippert, R. P.; Pöhler, W.; Slesina, W. (Hg.) (1991): Kritik und Engagement. Soziologie als Anwendungsforschung. Festschrift für Christian v. Ferber zum 65. Geburtstag, München
- Pongratz, J.; Voß, G. G. (2001): Arbeiter und Angestellte als Arbeitskraftunternehmer? Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen, Chemnitz. Projektbericht an die HBS
- Pongs, A. (2000 und 2001): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?, München (2 Bände)
- Schuhler, C. (2003): Der Kampf um die neue Siemenskultur. in: Ders. (Hg.)Schöne neue Siemenswelt, München, S. 14 – 38
- Schumann, M.; Baethge-Kinsky, V.; Kuhlmann, M.; Kurz, C. Neumann, U. (1994): Trendreport Rationalisierung, Berlin
- Schwengel, H. (1999): Aktivierender Staat und aktiver Sozialstaat als europäische Leitideen, in GMH 6/19999, S. 341 - 348
- Semmler, W.; Groh, G. (1999): Das amerikanische Job-Wunder und der falsche Mix in Europa, in: FR (Dokumentation) 04.06.1999, S. 10
- Senghaas-Knobloch, E. (1998): Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Politikoptionen und Kriterien zu ihrer Abschätzung. Artec-paper Nr. 58, Universität Bremen
- Senghaas-Knobloch, E., (2000): Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Dimensionen einer aktuellen Debatte, in: Heinz, W. R.; Kotthoff, H.; Peter, G. (Hg.) (2000): Soziale Räume, global players, lokale Ökonomien – Auf dem Weg in die innovative Tätigkeitsgesellschaft?, Münster – Hamburg – London, S. 136 - 162
- Strauß, H. (2002): Der unfertige Arbeitskraftunternehmer, in: Kuda, E.; Strauß, J. (Hg.) a. a. O., S. 46 - 55
- Streeck W. (1996): Industrielle Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft, in: FESt (Hg.) Globalisierung der Wirtschaft, Standortwettbewerb und Mitbestimmung. Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Nr. 70, Bonn
- Streeck, W., Heinze, R. G. (1999): An Arbeit fehlt es nicht. Die bisherige Beschäftigungspolitik ist gescheitert, eine radikale Wende unumgänglich: Im Dienstleistungssektor könnten Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen. Ein Reformprogramm von Wolfgang Streeck und Rolf Heinze, in: Der Spiegel 19/1999, S. 38 - 45
- Vester, M. (1997): Soziale Milieus zwischen Individualisierung und Deklassierung. Vortrag auf der Tagung „ Gesellschaften im Umbruch. Die Auseinandersetzungen um die

- Strukturbrüche in hoch entwickelten Gesellschaften nach 1989 und Maastricht“, Volkswagen Stiftung und Werner Reimers Stiftung, 27. – 29. 09. 1997, Bad Homburg
- Vester, M., Oertzen, P. v.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001) Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M.
- Voß, G. G.; Pongratz, J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1, 1998, S. 131 – 158
- Wolf, F. O. (2001a): ‚Selberausbeutung‘ im Übergang wohin? – Überlegungen zur ‚neuen Arbeit‘ im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. In: Martens u. a. (Hg.): a. a. O., S. 211 – 242
- Womack, J. P.; Jones, D. T.; Roos, D. (1991): Die zweite Revolution in der Automobilindustrie, Frankfurt/Main
- Zinn, K.-G. (1996): Zwanzig Jahre Wirtschaftskrise – Signal eines Epochewandels ? Über Arbeitslosigkeit, Bewältigungsrethorik und den Glauben an einfache Rezepte, In ARBEIT 3/1996, S. 298 - 317
- Zinn, K. G. (2003): Die Zukunft eines qualitativen Keynesianismus in Europa, Vortrag auf Forum „Neue Politik der Arbeit“, Dortmund, 25./26.09.2003
- Zukunftskommission der Friedrich Ebert Stiftung (1998): Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele – ein Weg, Bonn